Deutscher Bundestag **Drucksache 17/541**
17. Wahlperiode 27. 01. 2010

Antrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Brigitte Pothmer, Kai Gehring, Sylvia Kotting-Uhl, Krista Sager, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehr Jugendlichen bessere Ausbildungschancen geben – DualPlus unverzüglich umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auch im Jahr 2009 haben viele Jugendliche und junge Erwachsene trotz intensiver Suche keinen Ausbildungsplatz gefunden. Rund 300 000 junge Menschen werden ein weiteres Jahr in Warteschleifen verbringen. Ein vergeudetes Jahr, in dem sie eher Qualifikationen verlieren als neue hinzu gewinnen. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat sich im Jahr 2009 deutlich verringert: Bundesweit wurden bis zum 30. September 2009 566 004 Ausbildungsverträge abgeschlossen; das sind 8,2 Prozent weniger als im Vorjahr.

Besonders alarmierend ist die Lage im Osten. Während es im Westen ein Minus von 7,1 Prozent gab, wurden im Osten 13 Prozent weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen. Gerade hier, wo es insbesondere um die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und um die Attraktivität des Lebensumfeldes für junge Menschen gehen muss, gibt es noch nicht einmal so viele Ausbildungsplätze wie Bewerber. Die Abwanderung junger Menschen aus ganzen Regionen ist damit programmiert.

Der Grund für den Rückgang lässt sich leicht finden: Dass Betriebe in Zeiten der Wirtschaftskrise weniger Auszubildende einstellen, macht erneut deutlich, dass unser Ausbildungssystem zu sehr konjunkturabhängig ist, was zu Lasten der Jugendlichen geht. Auch die Vorhersagen für 2010 lassen ebenfalls keine Hoffnung aufkommen: Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) rechnet mit einem weiteren Rückgang der Ausbildungsverträge um 50 000.

Die Bundesregierung hat es versäumt, das Ausbildungssystem an die veränderten Anforderungen anzupassen und grundlegend zu reformieren. Stattdessen hat sie sich auf der guten Konjunkturentwicklung der letzten Jahre ausgeruht. Das rächt sich nun bitter.

Denn selbst wenn die Zahl der Schulabgänger/-innen zurückgeht, werden die demographischen Veränderungen das Problem fehlender Ausbildungsplätze auch in Zukunft nicht lösen. Gerade weil wir es mit einer immer älter werdenden Gesellschaft und einem Rückgang von Schulabgängern/-abgängerinnen zu tun haben, müssen alle Jugendlichen nach der Schule in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet werden; und das auf einem qualitativ hohen Niveau. Der Fachkräftemangel wird sich sonst weiter verschärfen. Hier muss vor allem die Ausbildungssituation für Jugendliche mit Migrationshintergrund noch deutlich verbessert werden. Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stif-

tung aus dem Jahr 2009 haben ein Jahr nach einem mittleren Schulabschluss 74 Prozent der Jugendlichen ohne, aber nur 55 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine vollqualifizierende Ausbildung begonnen. Drei Jahre nach einem mittleren Schulabschluss ist der Unterschied mit 91 Prozent gegenüber 79 Prozent noch immer gravierend.

Da laut Datenbericht zum Berufsbildungsbericht 2009 des BIBB viele junge Menschen nach dem ersten Schulabschluss mangels Aussicht auf einen Ausbildungsplatz weiter zur Schule gehen und in den nächsten Jahren zusammen mit den doppelten Abiturjahrgängen auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt stoßen werden, werden sich die Probleme verschärfen. Auch hier wurde von Seiten der Bundesregierung bisher keine Vorsorge getroffen.

Der im Rahmen der Qualifizierungsinitiative im Sommer 2008 von der Bundesregierung eingeführte Ausbildungsbonus für Altbewerber/-innen hat ebenfalls nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Mit 29 663 bewilligten Anträgen bis Dezember 2009 sind nur knapp die Hälfte der anvisierten zusätzlichen Ausbildungsstellen von den Betrieben geschaffen worden. Damit ist es illusorisch, wenn die Bundesregierung weiter daran festhält, bis 2010 100 000 zusätzliche Ausbildungsplätze durch dieses System zu erreichen. Der Ausbildungsbonus ist viel zu teuer und verursacht hohe Mitnahmeeffekte.

Die Bundesregierung hat auch den Bildungsgipfel im Dezember 2009 ungenutzt verstreichen lassen. In ihrem ureigensten Kompetenzfeld, der beruflichen Bildung, kündigt Bundesministerin Dr. Annette Schavan nun seit mehr als vier Jahren Reformen an. Ihren Worten sind bisher allerdings kaum Taten gefolgt. Es reicht nicht aus, auf Ausbildungsbausteine in bestimmten Bereichen zu verweisen oder den Nationalen Ausbildungspakt als Lösung aller Probleme zu feiern. Die Bundesregierung muss endlich das Ausbildungssystem konsequent reformieren, damit dieses unabhängiger von der jeweiligen Konjunkturlage wird. Mit DualPlus hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon in der letzten Legislatur ein solches Konzept vorgelegt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dass neue überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS) als Träger der Ausbildung aufgebaut und die bereits bestehenden ÜBS neu ausgerichtet werden. Im System DualPlus bieten die ÜBS zusätzliche Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip an. Darin sind hohe betriebliche Anteile einbezogen. ÜBS werden gemeinsam von Berufsschulen und Kammern organisiert und von den Kammern, den Ländern, der Bundesagentur für Arbeit und dem Bund finanziert. Die ÜBS wird damit neben Berufsschule und Betrieb zu einem dritten regelmäßigen Lernort. Die Funktion einer ÜBS kann auch von gut ausgestatteten Berufsschulen oder anderen geeigneten Trägern übernommen werden;
2. dass die Kammern bei Betrieben im nötigen Umfang betriebliche Module einwerben und den ÜBS zur Verfügung stellen müssen. Derzeit bildet nur etwa ein Viertel aller Betriebe aus. Dies kann durch die Lernortkombination bei DualPlus verbessert werden, da Unternehmen ohne Ausbildungstradition, kleinere Betriebe oder sehr spezialisierte Betriebe nicht die Verantwortung für eine komplette Ausbildung übernehmen müssen. Sie können vielmehr auch einzelne betriebliche Module anbieten;
3. dass auch die Berufsschulen flächendeckend besser ausgestattet werden. Ein Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat 2009 gezeigt, dass gerade im industriellen Bereich viele Berufsschulen nicht mehr mit der technologischen Entwicklung in den Betrieben mithalten können. Dazu kommt, dass ihnen die Lehrerinnen und Lehrer ausgehen. Hier muss der Bildungsgipfel konkrete Verbesserungen durch Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern bringen;

4. dass die gesamte Berufsausbildung neu strukturiert und in bundesweit anerkannten Modulen organisiert wird. Damit werden eine Anerkennung und Anrechnung von Ausbildungsteilschritten sichergestellt, das Bildungssystem wird durchlässiger. Die Ausbildungsdauer muss zukünftig flexibler gestaltet werden. Prüfungen am Ende der Ausbildungsmodule werden gemeinsam von Berufsschule, ÜBS und Betrieb durchgeführt. Um weiterhin den ganzheitlichen Ansatz der Berufsausbildung (Berufsprinzip) zu verfolgen, steht am Ende der Ausbildung eine zentrale Abschlussprüfung, die wie bisher von den Kammern bzw. zuständigen Stellen durchgeführt wird;
5. dass bestehende Maßnahmen des Übergangssystems in DualPlus eingegliedert werden. Die bisherigen berufsvorbereitenden Maßnahmen von den Ländern und der Bundesanstalt für Arbeit im Übergangssystem werden in DualPlus integriert und als eigenständige Maßnahmen abgeschafft. Somit bleibt kein Qualifizierungsschritt mehr ohne Abschluss, Anerkennung und Anrechnung;
6. dass die Reform des Berufsbildungsgesetzes zur Anerkennung vollschulischer Ausbildungen durch Kammerabschluss entfristet wird. Diese Möglichkeit der Aufwertung von vollzeitschulischen Ausbildungsgängen muss über August 2011 hinaus gelten;
7. dass für Schulabbrecher Produktionsschulen eingerichtet werden, an denen sie einen Schulabschluss nachholen können und der Einstieg in eine Berufsausbildung ermöglicht wird;
8. dass durch die Stärkung der ÜBS die individuelle Förderung von Auszubildenden erleichtert wird. Für Leistungsschwächere soll eine zusätzliche Förderung erfolgen. Sie sollen von den ÜBS beraten und begleitet werden und nicht weniger, sondern mehr Lernzeit bekommen. Dadurch haben sie bei Bedarf mehr Zeit, um die Module abzulegen, oder können zwischen zwei Modulen einen passgenauen Förderkurs absolvieren. Für leistungsstarke Auszubildende sollen zusätzlich allgemeinbildende Module angeboten werden, die auch zur Fachhochschulreife führen können. Damit wird der Übergang von der beruflichen zur akademischen Bildung verbessert;
9. dass die Finanzierung für die Ausbildung nach dem System DualPlus sichergestellt ist. Dafür können die Mittel, die derzeit ins Übergangssystem fließen, verwendet werden. Zusätzlich sollten die für den Ausbildungsbonus vorgesehen Gelder eingesetzt werden.

Berlin, den 27. Januar 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Das Ausbildungsangebot der Betriebe geht zurück, insgesamt bildet in Deutschland nur noch ein Viertel der Unternehmen aus. Die aktuelle Wirtschaftskrise verschärft dieses Problem noch weiter. Inzwischen erhalten 40 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber nach der Schule keinen Ausbildungsplatz, sie bekommen nur mehr oder minder gute Angebote zur Berufsvorbereitung. Die Gruppe der Altbewerberinnen und -bewerber umfasst immer noch ca. 250 000 Jugendliche und die Übergangsangebote entpuppen sich häufig als nutzlose Warteschleifen, weil die dort erworbenen Kompetenzen von Betrieben nicht anerkannt werden bzw. nicht auf eine Ausbildung anrechenbar sind. Viele Jugend-

liche durchlaufen mehrere Übergangsmaßnahmen hintereinander. Dieses ineffiziente System kostet jährlich 3 bis 4 Mrd. Euro. Die Gesellschaft verliert so ein enormes Potenzial, das in Zukunft am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft fehlen wird. Wer den Einstieg in die Ausbildung nicht schafft, wird später mit hoher Wahrscheinlichkeit von Sozialtransfers abhängig. Wird der Übergang von der Schule in das Berufsleben nicht deutlich besser, werden Generationen von Schulabgängerinnen und -abgängern die Chancen auf Bildung und Eigenverantwortung vorenthalten, die jeder Einzelne und die Gesellschaft als Ganzes für eine gute Zukunft brauchen.

Um in Zukunft das Recht auf Ausbildung für jeden Jugendlichen, der dies wünscht, auch tatsächlich umzusetzen, muss die duale Berufsausbildung neben einer gleichwertigen vollschulischen Ausbildung durch das System DualPlus ergänzt werden. Bei DualPlus lernen Auszubildende in Berufsschule, ÜBS und Betrieb nach dem dualen Prinzip. Der Vorteil ist, dass spezialisierte Betriebe und kleine Unternehmen ohne Ausbildungstradition einbezogen werden können. Denn sie müssen nicht die Verantwortung für eine komplette Ausbildung übernehmen, sondern können auch einzelne Module anbieten.

Grundsätzlich sinnvoll ist eine Neustrukturierung der gesamten Berufsausbildung über bundesweit anerkannte Bausteine. Die Wahrung des Berufsprinzips bleibt durch die Inhalte der Module und die Kammerabschlussprüfung erhalten. Durch Modularisierung werden Teilschritte der Ausbildung besser anerkannt und angerechnet. Das Bildungssystem wird durchlässiger. Wichtig ist, dass kein Ausbildungs- und Qualifizierungsschritt ohne Anrechnung bleibt. Den vielen Schulabbrechern soll zukünftig über Produktionsschulen ermöglicht werden, einen Schulabschluss nachzuholen und den Einstieg in die Berufsausbildung zu schaffen. Darüber hinaus soll es zusätzliche Module für leistungsstarke Jugendliche geben, die beispielsweise zum Erwerb der Hochschulreife mit Ausbildungsabschluss führen. Als ergänzende Maßnahme soll eine frühzeitige Berufswahlorientierung eingeführt werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333